

input dustrie

DEUTSCH S. 1–13

ENGLISH P. 14–15

FRANÇAIS P. 1A–12A

ITALIANO P. 13A–15A



**Corona
hinterlässt Spuren**
Auswirkungen auf
die Industrie Seite 3
die Politik Seite 4
die Einkommen Seite 6

Tödlicher Asbest:

Seit 30 Jahren verboten, immer noch aktuell. Seite 10

Die Industrie kämpft

Die Folgen der Corona-Krise treffen Arbeitnehmende der Industrie besonders hart.

Mitten in der Corona-Krise kündigen Industriebetriebe Massenentlassungen an. Dabei müssten die Firmen mit den Bundesmilliarden Arbeitsplätze garantieren (S. 3). Gleichzeitig stehen fast eine Million Menschen in Kurzarbeit und erhalten nur 80% ihres üblichen Lohnes. Was das für Angestellte in der Tieflohnbranche bedeutet und warum Reiche von der Krise profitieren (S. 6). In der Corona-Krise war der Kanton Tessin dem Rest der Schweiz immer einige Schritte voraus. Auch der Officine in Bellinzona kam eine Vorreiterrolle zu – ein Fazit nach Welle eins (S. 4). Zudem in dieser Ausgabe: Obwohl Asbest in der Schweiz seit 30 Jahren verboten ist, sterben pro Jahr über Hundert Menschen an den Folgen von Asbestkrebs (S. 10). Und: Ein Grosser tritt ab. Der langjährige Unia-Industriechef geht. Was Corrado Pardini für den Industriesektor bewirkt hat und warum der Abschied schwerfällt (S. 2).

IMPRESSUM

Herausgeberin Gewerkschaft Unia, Sektor Industrie, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern 15
Verantwortung Manuel Wyss
Redaktion und Gestaltung komform GmbH, Körnizstrasse 161, 3097 Liebefeld
Anzeigen teresa.matteo@unia.ch
Fotos Shutterstock (S. 1, 9, 10), Wikipedia (S. 3), SBB Officine Bellinzona (S. 4-5), Unia (S. 7) komform (andere).
Übersetzungen Sylvain Bauhofer (Französisch), Monica Tomassoni (Italienisch), Scott Translations (Englisch).
Input Industrie Das Magazin für die Gewerkschaftsmitglieder erscheint viermal pro Jahr in einer Auflage von 45 000 Exemplaren. Der Verkaufspreis ist im Mitgliederbeitrag enthalten. Jahresabonnementen (à 20 CHF) und Einzelausgaben (à 5 CHF) können bei der Herausgeberin bestellt werden.

16. September 2020

© 2020 komform (www.komform.ch)

Abschied von Corrado Pardini

Der langjährige Unia-Industriechef hat für die Arbeitenden viel bewirkt. Nun wendet er sich neuen Herausforderungen zu.



Gewerkschafter ist er mehr als sein halbes Leben lang, seit 2005 war er im Industriesektor der Unia tätig. Zunächst als Branchenleiter der chemisch-pharmazeutischen Industrie, ab 2008 als Branchenleiter der Maschinen-, Elektro und Metallindustrie (MEM) sowie als Gesamtleiter Industrie. «Corrado Pardini ist der einflussreichste Industriegewerkschafter der Schweiz», pflegte Paul Rechsteiner zu sagen, seinerseits langjähriger Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds.

Seinen Einfluss machte Pardini im Interesse der Industriearbeitenden mustergültig in den Verhandlungen um neue Gesamtarbeitsverträge (GAV) geltend.

■ 2007 gelang ihm als Verhandlungsführer der Gewerkschaftsdelegation eine substanzelle Verbesserung des GAV der Basler chemischen und pharmazeutischen Industrie, mit mehr Ferien und einer besseren Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben.

■ 2013 das Husarenstück: Erstmalige Einführung von Mindestlöhnen im GAV MEM, dem ältesten und wichtigsten Industrievertrag der Schweiz.

■ 2017 gelang es Pardini und seiner Delegation, die Mindestlöhne im GAV MEM nochmals zu stärken und ausserdem die MEM-Passerelle im GAV zu verankern, eine Berufslehre für Erwachsene – als Gegenmittel zum Fachkräftemangel und zum drohenden Stellenverlust älterer Mitarbeitenden. Seine gewerkschaftliche Arbeit ergänzte Pardini mit wirkungsvoller parlamentarischer Arbeit.

Nationalrat war er von 2011 bis 2019. Dabei nahm er Einfluss in so wichtigen Kommissionen wie der Wirtschafts- und Abgabekommission (WAK). Ihm gelang es immer wieder, Mehrheiten zu schmieden, um den Arbeitnehmenschutz in der Schweiz zu stärken. So hat er erfolgreich gegen eine Aufweichung der Arbeitszeitregelungen im Arbeitsgesetz interveniert oder für eine Überbrückungsrente der 58-Jährigen und älteren.

Pardini hinterlässt im Unia-Industriesektor und im Nationalrat eine grosse Lücke. Der Gewerkschaftsbewegung bleibt er aber erhalten. So präsidiert er im Auftrag der Unia die Verwaltungsräte des Hotels Bern und des Hotels Freienhof und er vertritt die Gewerkschaften in den Verwaltungsräten der Unfallversicherung Suva und der Schweizerischen Post.

Pardinis Nachfolge übernimmt interimistisch Vania Alleva, Unia-Präsidentin. Im Namen des gesamten Industriesektors bedankt sie sich bei Corrado Pardini für das langjährige außerordentliche Engagement für die Industriearbeitenden. Die Delegierten des Industriesektors nominieren Pardinis Nachfolge an ihrer Versammlung vom 11. Dezember 2020. Offiziell verabschiedet wird Pardini am nächsten Unia-Kongress im Sommer 2021. ■

Stellenabbau trotz Bundes-Milliarden

Mitten in der Corona-Krise kündigen immer mehr Industrie-Unternehmen Massenentlassungen an. Die Unia kämpft um faire Lösungen für die Beschäftigten und fordert ein Umdenken in der Schweizer Industriepolitik.

Die Corona-Krise, die damit verbundenen Planungsschwierigkeiten und schleppenden Exporte machen der Industrie zu schaffen. Eine Entlassungswelle schwäpft durchs Land, obwohl der Bund den Firmen Kurzarbeit ermöglicht und 60 Milliarden Staatshilfe garantiert, damit sie Arbeitsplätze erhalten und die Löhne der Angestellten weiterbezahlen.

Corona als Vorwand

Die Unia kritisiert den Stellenabbau insbesondere bei finanzstarken Unternehmen wie Sulzer und Schindler, die über die nötigen Mittel verfügen, um auf Entlassungen zu verzichten. Es kann nicht sein, dass Sulzer und Schindler ihren Aktionären im April 2020 – inmitten der Corona-Hochphase – Dividenden ausbezahlen, um wenige Monate später im grossen Stil Stellen abzubauen. Die Corona-Krise darf nicht als Vorwand genutzt werden, um auf Kosten der Beschäftigten Gewinne zu optimieren.

Die Unia im Kampf um Arbeitsplätze

Als Sozialpartner setzt sich die Unia im Rahmen der Konsultationsverfahren für den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes ein. Es gilt unbedingt zu verhindern, dass Mitarbeitende in der jetzigen Situation in die Arbeitslosigkeit entlassen werden – die Suche nach einer neuen Stelle gestaltet sich heute viel schwieriger als noch vor der Corona-Krise. Wo Entlassungen unumgänglich sind, müssen gute Anschlusslösungen gefunden werden. Drei Beispiele:

Mikron, Maschinenbau, Agno (TI): Angekündigt waren 110 Entlassungen. Mithilfe der Unia Ticino konnten diese auf 47 Kündigungen und eine Arbeitszeitreduktion bei 57 Personen beschränkt werden, ein Sozialplan wurde ausgehandelt.

Lantal, Textilfirma, Langenthal und Melchnau (LU): 75 Mitarbeitende, also rund 30% der Belegschaft, sollten entlassen werden. Dank des Engagements von Belegschaft, Personalkommission und Unia im Konsultationsverfahren konnten 20 Arbeitsplätze gerettet werden. Für die 55 von einer Kündigung betroffenen Personen konnte die Arbeitnehmerseite einen Sozialplan aushandeln.



Baumann Federn AG, Ermenswil (SG): 65 Stellen sollen abgebaut werden. Die Betriebsleitung will die Zahl der Entlassenen mit Frühpensionierungen und anderen Massnahmen senken. Derzeit läuft das Konsultationsverfahren.

Umdenken gefordert

Die Massenentlassungen zeigen einmal mehr, wie wichtig ein ambitioniertes Konjunkturprogramm und eine echte Industriepolitik für die Schweiz als Industrienation sind. Die Industrie erarbeitet in der Schweiz beachtliche 20% des Brutto-Inlandprodukts und trägt dreimal mehr zum Wohlstand der Schweiz bei als die Banken. Massive und schnelle Investitionen in den ökosozialen Umbau der Schweiz sind notwendig, damit die Schweizer Industrie die Corona-bedingte Weltwirtschaftskrise möglichst unbeschadet übersteht. Kurzfristige Profitinteressen der Banken und Aktionäre sind fatal, wenn es um Arbeitsplätze und Existenzgelegenheiten geht. Sowohl die Unternehmen als auch der Bund sind jetzt gefordert – Massenentlassungen dürfen keine Lösung sein. ■

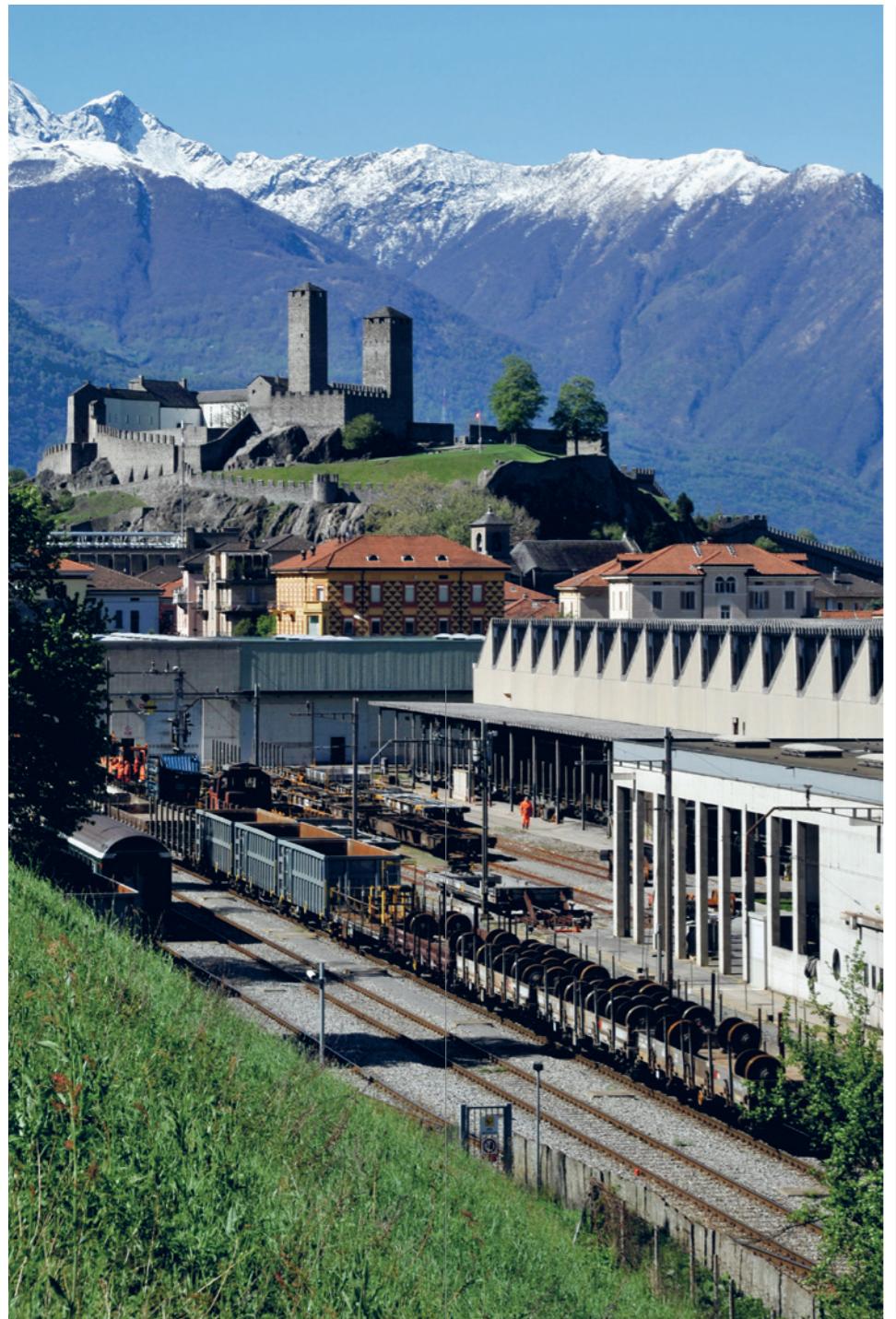


Für eine starke Industriepolitik fordert die Unia:

- Produktionsfonds für ökosozialen Umbau der Schweiz voranbringen
- Investitionen in Aus- und Weiterbildung
- Bessere Auffangstrukturen bei Entlassungen
- KMU-spezifisch: Investitionen in Transfer von Know-How zwischen Grundlagenforschung und Produktion über Innosuisse

Corona-Pionier Tessin

In der Corona-Krise war das Tessin der restlichen Schweiz immer einige Schritte voraus. Auch der Officine in Bellinzona kam eine Vorreiterrolle zu. Eine Bilanz nach Welle eins.



Phase I:

Startverzögerungen beim Bund

Am 25. Februar wird im Tessin der erste Schweizer Corona-Fall offiziell bestätigt. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Covid-19-Infizierten in Norditalien weiter rasant zu. Nachrichten und Bilder von überfüllten Spitätern, erschöpfter Ärzteschaft und nächtlichen Leichentransporten gehen um die Welt. Im Tessin herrscht Alarmstufe rot. Unter Hochdruck werden Schutzkonzepte ausgearbeitet, die Bettenkapazität in Spitätern erhöht, Versammlungsverbote ausgesprochen, Grenz- und Schulschliessungen in Betracht gezogen. Anfangs reagiert der Bund nur zögerlich. Später wird er dem Tessin in den meisten Punkten folgen. Stefano Rebozzi, Experte für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz bei den SBB-Werkstätten in Bellinzona, kennt die Rolle des Corona-Pioniers: «Das Tessin bekam die Auswirkungen von Covid-19 als erster Kanton zu spüren. Dasselbe galt für die Officine. Wir mussten rasch reagieren und Verantwortung übernehmen. Die anderen SBB-Werkstätten hatten mehr Zeit, sich auf die Situation vorzubereiten.»

Phase II:

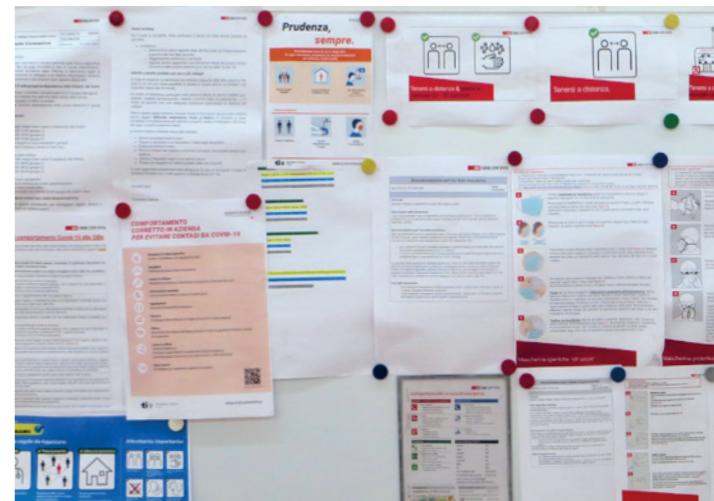
Alle ziehen mit

Nachdem die Fallzahlen schweizweit steigen, erklärt der Bundesrat am 13. März die Notlage und setzt eine ausserordentliche Verordnung in Kraft: Industrie-Arbeitgeber sind verpflichtet, die Empfehlungen des BAG zu Hygienevorschriften und sozialer Distanz einzuhalten. Personalvertretende der Unia tun ihr Bestes, um die Gesundheit ihrer Kolleginnen und Kollegen rechtzeitig zu schützen. Für die Officine gilt: Wer nicht in der Produktion tätig ist, arbeitet im Home-Office, Hygiene-

In den SBB-Werkstätten in Bellinzona sind viele verschiedene Berufsgruppen vertreten, die nach unterschiedlichen Corona-Massnahmen verlangen.



Ohne Schutzmaske geht nichts:
In der Officine werden pro Woche
rund 3000 Masken verteilt.



Die Corona-Schutzmassnahmen werden über verschiedene Kanäle kommuniziert. Besonders am Anfang der Corona-Krise war es nicht immer leicht, den Überblick zu behalten.

massnahmen werden streng befolgt, die Anzahl Personen in den einzelnen Werkstätten reduziert. Stefano Rebozzi ist froh über die gute Zusammenarbeit mit dem operativen und strategischen Krisenstab, bestehend aus Management, Gewerkschaften, Personalkommission und Sicherheitsbeauftragten. Er sagt: «Nur so haben wir es geschafft, die zahlreichen organisatorischen, technischen und persönlichen Massnahmen umzusetzen, diese ständig zu überprüfen und anzupassen.»

Phase III:

Tempomacher Tessin

Am 22. März geht der Tessiner Regierungsrat einen Schritt weiter und beschliesst die vorübergehende Schliessung aller Industriebetriebe, um die schnelle Ausbreitung des Virus im Tessin einzudämmen. Dieser Alleingang sei nicht bundesrechts-konform, lässt das Justizdepartement in Bern verlauten. Doch der Tessiner Regierungsrat hält unbeirrt an der Massnahme fest. Die Unia befürwortet den Shutdown: Die Gesundheit der Arbeitnehmenden muss vor wirtschaftlichen Interessen stehen. Auch die SBB-Werkstätten reduzieren die Arbeit, müssen im Zusammenhang mit der Güterversorgung aber nach wie vor die Wartung des Rollmaterials gewährleisten.

Nach Gesprächen mit Tessiner Vertretern erteilt der Bundesrat dem Tessin schliesslich rückwirkend die Erlaubnis, für bestimmte Branchen Betriebsschliessungen oder -Einschränkungen anzuordnen. Gleichzeitig wer-

den dem Kanton Kurzarbeitsentschädigungen zugesichert. Am 5. April meldet der Tessiner Kantonsarzt Giorgio Merlani erstmals eine leichte Beruhigung der Situation.

Phase IV: Lockungsschritte

Auch in den SBB-Werkstätten zeigen die Schutzmassnahmen Wirkung. Entsprechend gross ist die Erleichterung bei Stefano Rebozzi: «Die Anspannung und die Arbeitsauslastung zu Beginn der Corona-Krise waren extrem.» Es gilt weiterhin vorsichtig zu sein und die Schutzmassnahmen diszipliniert zu befolgen

– doch Angst vor einer zweiten Welle hat Rebozzi nicht. Er sagt: «Für den Fall, dass die Ansteckungen wieder in die Höhe schnellen, fangen wir nicht bei Null an. Jetzt sind wir darauf vorbereitet und können auf bekannte Massnahmen zurückgreifen. Das gibt Sicherheit.» ■



Fünf Erkenntnisse für den weiteren Umgang mit dem Corona-Virus

- **Krisenmechanismus:** Eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Kanton erleichtert das Krisenmanagement.
- **Basisarbeit:** Unterstützt von der Unia, haben Personalvertretende und Sicherheitsbeauftragte (SiBe) eine wichtige Rolle, um die Gesundheit der Mitarbeitenden in den Industriebetrieben zu schützen.
- **Ressourcen:** SiBes sind zu Krisenzeiten von anderen Tätigkeiten freizustellen.
- **Partizipation:** In Fragen der Arbeitssicherheit und des Arbeitnehmerschutzes haben Personalkommissionen (Peko) ein Mitspracherecht. Die Integration der Pekos in den Krisenstab ist zwingend.
- **Schutzmaterialien:** Ein ausreichender Vorrat an Masken, Einweghandschuhen und Desinfektionsmittel muss immer vorhanden sein.

415 Personen

lagen auf dem Höhepunkt der ersten Tessiner Corona-Welle Ende März wegen des Virus im Spital, 75 davon auf der Intensivstation.

120 bis 150 Neuinfizierte

verzeichnete man im Schnitt pro Tag – und 10 bis 15 Todesfälle. Aktuell meldet das Tessin nur wenige Neuansteckungen.

Kluft zwischen arm und reich wächst

Die Corona-Krise verschärft das Problem der wirtschaftlichen Ungleichheit in der Schweiz. Die Gewerkschaften warnen vor einer sozialen Katastrophe.

In Krisensituationen leiden die Schwächsten einer Gesellschaft am stärksten. Das ist in der aktuellen Corona-Krise nicht anders. Wer vor Corona finanziell und sozial schlechter gestellt war, steht nach der Krise noch schlechter da – während Reiche von der Krise profitieren. Die Unia fordert dringend Massnahmen, um die wachsende wirtschaftliche Ungleichheit zu bekämpfen.

1. Mehr Solidarität:

Kosten nicht auf Arbeitnehmende abwälzen

Kurzarbeit ist in den Branchen mit den niedrigsten Löhnen am stärksten verbreitet. Gleichzeitig ist das Risiko von Entlassungen in diesen Branchen höher – genauso das Risiko einer berufsbedingten Ansteckung mit Covid-19. Indem die Schweizerische Nationalbank die Märkte mit Geld flutet und die Zinsen tief hält, steigen Vermögenswerte wie Aktien oder Immobilien – zugunsten der Aktionäre und Wohlhabenden. Doch Menschen, die am oder unter dem Existenzminimum leben, profitieren nicht von hohen Aktienkursen, günstigen Krediten oder staatlichem Rettungsgeld. Sie sind auf niederschwellige Hilfe angewiesen.

Ein Betrieb kann bei Liquiditätsproblemen beim Bund einen garantierten Kredit aufnehmen – eine Familie mit tiefem Einkommen hat diese Möglichkeit nicht. Dabei ist eine Lohneinbusse von 20% für viele finanziell nur schwer verkraftbar. Vor allem, wenn der Lohn schon in normalen Zeiten tief ist.

2. Abwärtstrend stoppen:

Krankenkassenprämien senken, Kaufkraft stützen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist angespannt, es drohen Entlassungen. Die Gefahr ist gross, dass die Armut in der Schweiz durch den wirtschaftlichen Abschwung zunimmt. Wer die Stelle verliert, hat weniger Einkommen. Das wirkt sich negativ auf den Konsum aus, schadet der Wirtschaft und kann weitere Entlassungen nach sich ziehen. Um diese Negativspirale zu stoppen, müssen Stellenabbau verhindert und die Kaufkraft gestärkt werden. Unternehmen müssen ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und Arbeitsplätze erhalten. Weiter braucht es eine Senkung der Krankenkassenprämien, die einen grossen Teil des Haushaltseinkommens wegessen und 100% Lohnersatz bei Einkommen bis 5000 Franken.

3. Essentielle Berufe aufwerten:

Applaus allein reicht nicht

Die Corona-Krise zeigt, wie stark die Gesellschaft von Hunderttausenden in schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen – in der Pflege, im Verkauf, in der Logistik oder in der Reinigung – abhängt. Die Unia fordert die Aufwertung dieser systemrelevanten Berufe. Es braucht überall allgemeinverbindliche GAV mit anständigen Arbeitsbedingungen und

Löhne, die zum Leben reichen. Nach dem Applaus müssen nun dringend Taten, sprich Lohnerhöhungen folgen.

4. Soziale Not und Armut verhindern:

Schutz für die Schwächsten

Die Botschaft des Bundesrates zu Beginn der Corona-Krise war klar: «Wir lassen niemanden im Stich. Wir kümmern uns um euch.» Dies muss insbesondere auch für die sozial Schwächeren gelten, die weder Leistungen der Arbeitslosenversicherung noch der Erwerbsersatz-Ordnung beanspruchen können. Mit einem Überbrückungsfonds sollen Bund und Kantone jenen Personengruppen, die von den bisherigen Unterstützungsmassnahmen ausgeschlossen sind, sozialen und wirtschaftlichen Schutz gewähren. ■

Unia-Appell an den Bundesrat: 80 % reichen nicht zum Leben!

In einem Appell an den Bundesrat fordert die Unia im Fall von Kurzarbeit 100% Lohnersatz bei Löhnen bis zu CHF 5000.– und den Verzicht auf Corona-Kündigungen. Über 20 000 Arbeitnehmende haben den Appell in den letzten Monaten unterschrieben und dem Bundesrat am 20. August überreicht. Ein solidarischer Weg aus der Krise ist nötig – und möglich.



Pierre-Yves Maillard, Präsident des SGB und Vania Alleva, Präsidentin der Unia, überreichen dem Bundesrat den Appell mit über 20 000 Unterschriften für mehr Solidarität in der Corona-Krise.



1700 Franken weniger im Portemonnaie

Das Einkommen und die Kaufkraft in der Schweiz leiden stark unter der Corona-Pandemie. Laut einer Studie des BAK sinkt das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen 2020 um durchschnittlich 2,5% – das entspricht 1700 Franken. Neben effektiven Jobverlusten ist die Kurzarbeit ein wichtiger Faktor. Nicht nur das Gastgewerbe, den Tourismus und den Eventbereich trifft es hart. Auch in der Industrie, bei personenbezogener Dienstleistungen und in Teilen des öffentlichen Verkehrs stehen Entlassungen an.

«Millionäre für Menschlichkeit»

Während wegen der Corona-Krise Tausende um ihre Arbeitsstelle bangen oder diese bereits verloren haben, profitieren andere und ihre Geschäfte sogar davon. Das bereitet nun einigen Dutzenden Millionären, die sich selbst «Millionaires for Humanity» nennen, Unbehagen. Sie fordern höhere Steuern für die Reichen. Damit sollen die Regierungsprogramme finanziert werden, die durch die Corona-Krise notwendig geworden sind. Mitunterzeichnerin ist zum Beispiel die Walt-Disney-Erbin Abigail Disney. Im offenen Brief heisst es: «Heute fordern wir, die unterzeichnenden Millionäre und Milliardäre, unsere Regierungen auf, die Steuern für Menschen wie uns zu erhöhen. Und zwar sofort, substanzuell und dauerhaft.»

Lohnschere immer noch weit offen

Berufstätige mit einem tiefen Lohn müssen mittlerweile fast ein Jahr lang arbeiten, um auf ein Monatsgehalt eines Topverdieners zu kommen.

+ 48 %



+ 17 %



Oberste Löhne ziehen davon, Tieflöhne stagnieren

Zwischen 1996 und 2018 sind die Stundenlöhne des obersten Prozents um 48% gestiegen, die Stundenlöhne der tiefsten 10 Prozent hingegen nur um 17%. (Privatwirtschaft, preisbereinigt)

Monatseinkommen



Mehr Wissen:

Verteilungsbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes: bit.ly/3grMGzK

Das oberste Prozent der Arbeitnehmenden erhielt 2018 einen Monatslohn von CHF 25'000.– oder mehr. Die obersten 0,1% sogar CHF 68'000.– oder mehr. Die untersten zehn Prozent – eine halbe Million Arbeitnehmende – erhielt hingegen weniger als CHF 4200.– Monatslohn. (Bruttonomalslöhne auf 100 %-Pensum standardisiert)

Die Produktivität steigt, die Löhne bleiben gleich. Dies trifft zumindest auf Arbeitnehmende mit tiefem und mittlerem Einkommen zu. Bei den Topverdienenden gelten andere Gesetze: Je höher die Produktivität der Gesamtwirtschaft, entsprechend höher der Lohn. Seit 1996 stieg die Produktivität der Gesamtwirtschaft um 27%, die Löhne der Topverdienenden hingegen um rund 50%. Kein Wunder, hat sich die Einkommensverteilung in der Schweiz seit der Jahrhundertwende markant verschlechtert. Viele Manager und Kaderleute haben in erster Linie für sich und ihr Einkommen geschaut. Dank Mindest-



Fertig lustig: Walliser Lachgas belastet Schweizer Klimabilanz

Ein Leck bei der Lonza AG in Visp ist verantwortlich für 1 Prozent der Treibhausgasemissionen der gesamten Schweizer Industrie. Der Pharmazulieferer Lonza stellt an seinem Standort in Visp das Vitamin Niacin her. Dabei entsteht als Abfallprodukt Lachgas. Wegen eines Produktionslecks konnten nun grosse Mengen davon entweichen. Das Gas ist gesundheitlich zwar unbedenklich, für das Klima aber äusserst schädlich: Das Treibhauspotential von Lachgas ist über 300 Mal grösser als das von CO₂. Insgesamt hat Lonza damit jährlich 600'000 Tonnen CO₂-Äquivalente in die Luft geschleudert. Lonza hat sich verpflichtet, bis spätestens Ende 2021 einen Katalysator einzubauen, der die Emissionen um mindestens 98 Prozent vermindert. Kostenpunkt: 12 Millionen Franken. Teuer ist die Angelegenheit aber auch für den Schweizer Staat. Um die Klimaziele gemäss Kyoto-Protokoll noch zu erreichen, muss er Emissionszertifikate hinzukaufen. ■

13 Milliarden an einem Tag

Reichtum macht vor Corona nicht Halt.

Der Online-Riese Amazon erlebt in der Corona-Krise einen regelrechten Ansturm. Das zeigt sich auch an der Amazon-Aktie, die in den letzten Monaten Rekordhöhen erreichte. Am meisten davon profitiert Amazon-Chef Jeff Bezos, der sich während der Corona-Krise eine goldene Nase verdient. Am 20. Juli schrieb sein Konzern einen Rekord-Gewinn von 13 Milliarden US-Dollar. Seit Jahresbeginn konnte Bezos sein Vermögen um 74 Milliarden erhöhen. Nun hat Bezos angekündigt, 20 Milliarden in den Umweltschutz zu investieren. In Anbetracht der horrenden Corona-Verdienste eine bescheidene Summe. ■

(Quelle: Bloomberg.com)

Novartis- Angestellte bleiben zuhause – wenn sie wollen

Beim Pharma-Riesen Novartis können weltweit 110'000 Mitarbeitende wählen, ob und wie viel sie künftig in Heimarbeit tätig sein wollen. Damit lässt sich viel Geld sparen.

Novartis zählt zu den ersten Firmen in der Schweiz, die ihren Mitarbeitenden das Arbeiten von zuhause aus auch nach der Corona-Pandemie erlauben. Aktuell sind bei Novartis am Hauptsitz in Basel nur etwa 20% der Büroangestellten tatsächlich vor Ort. Physisch präsent sind die Mitarbeitenden im Labor und in der Produktion. Da die Teilnehmerzahl für Sitzungen im Büro begrenzt wurde, finden die meisten Meetings als Videokonferenz statt. Später reicht es, wenn die Angestellten ihre Vorgesetzten informieren, wann sie von wo aus arbeiten wollen. Ganz uneigennützig ist der Entscheid natürlich nicht: Schon nächstes Jahr will Novartis-Chef Vas Narasimhan die nicht mehr benötigte Bürofläche auf dem grosszügig gebauten Campus in Basel an Drittfirmen vermieten. ■





Asbest – die tödliche «Wunderfaser»

Seit 30 Jahren ist Asbest in der Schweiz verboten – und noch immer sterben Menschen daran. Besonders betroffen: Arbeitnehmende der Industrie.

Am 1. März 1990 wurden die Herstellung und Verwendung von Asbestfasern in der Schweiz verboten. Das Verbot war ein grosser Schritt im gewerkschaftlichen Kampf um die Bewältigung der Asbesttragödie – und keine Selbstverständlichkeit. Immerhin war die Schweiz bis dato Standort eines der grössten Produzenten von asbesthaltigen Produkten, der Eternit AG in Glarus.

Einst «Wunderfaser», dann Todesursache

Doch abgeschlossen ist die Asbestproblematik auch 30 Jahre nach dem Verbot noch lange nicht – im Gegenteil. Jedes Jahr sterben in der Schweiz über 120 Menschen an den Folgen von Asbestkrebs und es werden immer mehr. Grund dafür: Die Erkrankung tritt bei

den meisten Betroffenen erst 15 bis 40 Jahre nach dem Einatmen der Fasern auf. So auch bei Marco Meroni, der nach Abschluss seiner Schlosserlehre bei den SBB-Werkstätten in Bellinzona tätig war. Bei Renovationsarbeiten an Personenwagen, kam er während Jahren in Kontakt mit dem gefährlichen Werkmaterial, das einst als «Wunderfaser» gefeiert wurde. Vier Jahrzehnte später erkrankte er an Brustfellkrebs und starb 2019 im Alter von 61 Jahren.

Finanzielle Hilfe für Asbestopfer

Seit Juli 2017 ist ein Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA) aktiv. Der Fonds ist das Resultat eines nationalen Runden Tisches, der von den Gewerkschaften angeregt wurde und an dem die Unia aktiv beteiligt war. Asbestkranke erhalten finanzielle Unterstützung und können psychologische Hilfe in Anspruch nehmen. Da die durchschnittliche Lebensdauer nach dem Befund Asbestkrebs durchschnittlich nur etwa ein Jahr beträgt, sind in den meisten Fällen die Hinterbliebenen die Leistungsempfänger. Das Problem: Die Finanzierung des Fonds ist nur für die ersten Jahre sichergestellt. Viele Firmen zieren sich, Geld in den Entschädigungsfonds einzuzahlen und nicht alle Branchen, die der Stiftung grosszügige Zahlungen zugesichert haben, sind ihrem Versprechen nachgekommen.



Mehr Wissen:

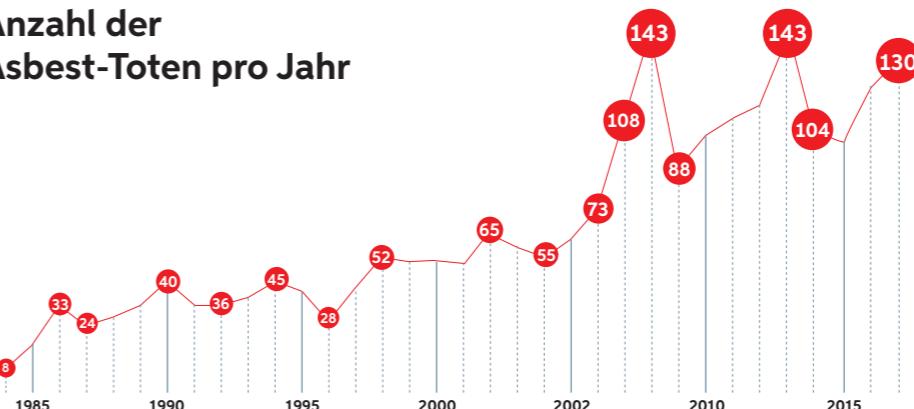
Psychologische Beratungsstelle der Stiftung EFA: Dieser Care-Service steht allen offen, unabhängig von der Art der Asbesterkrankung – auch Angehörigen und Personen, die befürchten, dass sie mit Asbest in Kontakt gekommen sind. www.stiftung-efa.ch

men. Ohne politischen Druck wird es nicht gehen. Zu den Branchen, die sich massgeblich am Fonds beteiligen, gehören die SBB und die Versicherungen.

Lückenlose Aufklärung gefordert

Nach wie vor ist Asbest in vielen Gebäuden und Fahrzeugen vorhanden – und auch Jahre danach gilt: Der Umgang mit Asbest ist hochgefährlich, wenn man nicht entsprechend geschützt ist. Deshalb fordert die Unia eine verschärzte Praxis bei Renovationen und Revisionen und verlangt eine zwingende Ermittlungspflicht auf Asbestvorkommen. Arbeiten mit hoher Faserfreisetzung sollen nur von spezialisierten Unternehmen ausgeführt werden dürfen. Wegen Revisionsarbeiten geriet jüngst auch das SBB-Werk in Bellinzona in die Schlagzeilen. Einige Mitarbeitende, die möglicherweise mit Asbest in Berührung gekommen waren, waren durch die SUVA zu CT-Screenings eingeladen worden, andere nicht. Die Verunsicherung war enorm – die Gewerkschaften Unia und SEV, die Peko der Officine und der Verein «Giù le mani» verlangten maximale Transparenz. Resultat waren ein Infoabend mit rund 80 Teilnehmenden und eine von der SBB und der SUVA eingerichteten Hotline, an die sich Betroffene und ihre Angehörige mit ihren Fragen wenden können. ■

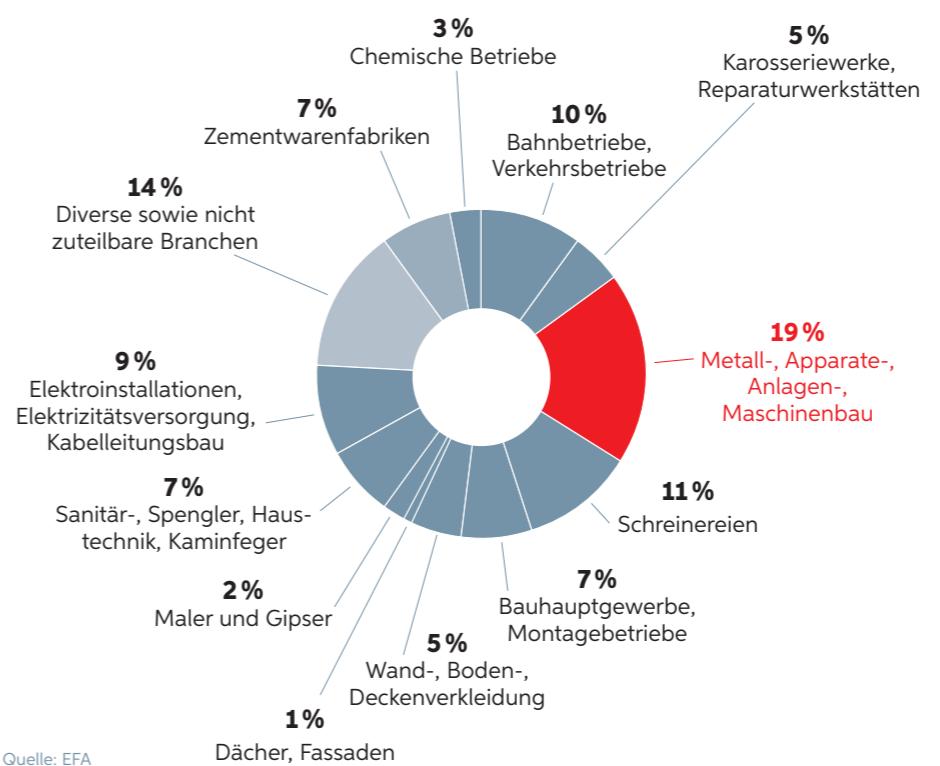
Anzahl der Asbest-Toten pro Jahr



Trotz Asbestverbot ist die gefährliche Substanz noch immer in unzähligen Gebäuden verbaut. Noch heute sterben rund 100 Menschen pro Jahr an den Folgen von Asbest.

Quelle: Suva

19 % aller Asbest-Toten stammen aus Metall- und Maschinenindustrie



Quelle: EFA

Was ist Asbest und wie wirkt es?

Asbest bezeichnet eine Gruppe von mineralischen Fasern, die in bestimmten Gesteinen vorkommen. Wegen der hohen Hitzebeständigkeit, der hohen elektrischen und thermischen Isolierfähigkeit und der hohen Elastizität, wurde Asbest in der Industrie und Technik vielfach eingesetzt (z. B. Isolationen, Bodenbeläge, Fensterkitt oder in Form von Asbestbeton). Asbest ist dann gefährlich, wenn es eingeatmet wird. Bereits geringe Konzentrationen von Asbeststaub in der Luft können die Entstehung von Lungen- und Brustfellkrankheiten fördern. Asbestfasern weisen eine kristalline Struktur auf und neigen dazu, sich der Länge nach in immer dünneren Fasern aufzuspalten. Diese Fasern werden vom Organismus kaum abgebaut oder ausgeschieden. Während ihres jahrelangen Verbleibs im Lungengewebe können sie Krankheiten verursachen wie Asbestaublunge, Lungenkrebs oder Brustfellkrebs. Bei allen asbestbedingten Krankheiten dauert es sehr lange, bis die Krankheit ausbricht. In der Regel beträgt die Latenzzeit 15 bis 45 Jahre.



Die Unia fordert:

- Weltweites Asbestverbot
- Prävention: Die Ermittlungspflicht von Bauherren und Arbeitgebern muss durchgesetzt werden.
- Der Entschädigungsfonds muss weiter bekannt gemacht werden. Zudem steht die Wirtschaft in der Pflicht, in den Fonds einzuzahlen.
- Gerechte Verteilung der Prämienlast unter den Branchen.
- Berufsbedingte Krebskrankheiten insgesamt vorbeugen und diese überwachen.

Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



Deshalb gibt's die lebenswichtigen Regeln.

Halte dich an deine lebenswichtigen Regeln
und sag bei Gefahr «Stopp»!

suva

Nein zur gefährlichen SVP-Kündigungsinitiative!

*Der Lohnschutz und faire Arbeitsbedingungen sind in Gefahr.
Die Unia warnt: Eine Annahme der Initiative hätte verheerende
Folgen für Arbeitgeber und Arbeitnehmende.*

Die SVP-Kündigungsinitiative schadet der gesamten Schweizer Wirtschaft. Tatsache ist: Die SVP will die Personenfreizügigkeit abschaffen. Dadurch fallen auch die weiteren sechs Verträge der Bilateralen I mit der EU. Das würde bedeuten, Unternehmen hätten es viel schwerer, ihre Produkte in der EU zu verkaufen. Heute sind Schweizer Industrieprodukte automatisch in der EU zugelassen. Ohne entsprechendes Abkommen müsste für jedes Produkt mit jedem der 27 Staaten einzeln eine Vereinbarung ausgehandelt werden. Für die Schweizer Industrie, die wegen der Corona-Krise bereits unter enormem Druck steht, kann das keine Lösung sein.

Lohndumping verhindern

Dank den Flankierenden Massnahmen kontrollieren die Arbeitsmarktinspektoren jährlich rund 170 000 Löhne. Bei Verstößen werden die Arbeitgeber gebüßt und aufgefordert, die Löhne anzupassen. Gleichzeitig brachte die Personenfreizügigkeit den Arbeitnehmenden aus der EU mehr Rechte – wovon alle profitieren. Denn werden Arbeitgeber, die ausländische Arbeitnehmenden missbräuchliche Löhne bezahlen, nicht bekämpft, schlagen Missbräuche und Dumping irgendwann auf den ganzen Arbeitsmarkt durch. Aktuell kann nur in die Schweiz kommen, wer hier eine Arbeitsstelle hat. Wenn Arbeitgeber Schweizer Löhne bezahlen müssen, macht es für sie wenig Sinn, im



Ausland nach Personal zu suchen, so lange es genügend einheimische und gut ausgebildete Fachkräfte gibt. Wenn der Lohnschutz fällt, können die Arbeitgeber ohne Einschränkungen Arbeitnehmer aus dem Ausland zu Tiefstlöhnen rekrutieren – und dann beginnt die Lohndumping-Spirale.

Gegenseitiges Interesse: Bilaterales Verhältnis

Die Personenfreizügigkeit und die eigenständigen Flankierende Massnahmen, die bei einer Annahme der Initiative wegfallen würden, bilden die innenpolitische Grundlage für die Weiterentwicklung des bilateralen Verhältnisses mit der EU. Sie müssen erhalten und verbessert werden, damit sie zusammen mit guten GAV und Lohnabschlüssen, einem besseren Arbeitsgesetz und einem verstärkten Kündigungsschutz die Arbeitnehmerrechte

stärken und Diskriminierungen verhindern können.

Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit bedeutet umgekehrt auch, dass Schweizerinnen und Schweizer den Wohnort und Arbeitsplatz innerhalb der EU nicht mehr frei wählen können. Für Forschende wäre unter anderem die Beteiligung an Forschungsprogrammen der EU stark eingeschränkt. ■



**Deshalb macht sich
die Unia für ein klares Nein zur
Begrenzungsinitiative stark:**

- Löhne und Arbeitsplätze sind in Gefahr: Mit einem Ja steigen der Lohndruck und die Arbeitslosigkeit.
- Die Schweiz muss den Schutz der Löhne eigenständig sicherstellen können. Die Löhne sind in der Schweiz besser geschützt als in der EU. Die Flankierenden Massnahmen oder die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose sind ein Vorteil, den die Schweiz mit Annahme der Initiative verlieren würde.
- Die Schweizer Wirtschaft ist auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen.



Asbestos – The deadly “Miracle Fibre”

Asbestos has been banned in Switzerland for 30 years – but people are still dying from it. Particularly affected: Workers in the industrial sector.

On March 1, 1990 the manufacture and use of asbestos fibres was banned in Switzerland. The ban was a major win for the trade unions in their efforts to deal with the tragedy that is asbestos – and it did not come without a struggle. At the time, Switzerland was still home to one of the biggest manufacturers of asbestos-related products, Eternit AG in Glarus.

Once a “Miracle Fibre”, then a bringer of death

However, the problem of asbestos still isn't over and done with even 30 years after the ban – to the contrary. Every year, over 120 people in Switzerland die of the consequences of mesothelioma (a form of cancer caused by asbestos) and their number is increasing. This is because the illness only manifests itself in most patients 15 to 40 years after the fibres were inhaled.



Find out more:

Psychological support centre of the EFA foundation: This support service is open to everyone, irrespective of the type of asbestos-related illness – including family members and people who fear that they may have come into contact with asbestos. www.stiftung-efa.ch (German only).

This was also the case for Marco Meroni, who was employed in the Swiss Federal Railways (SBB) workshops in Bellinzona after completing his apprenticeship as a fitter. While renovating passenger carriages, he spent many years coming into contact with this dangerous industrial material, which was once celebrated as a “miracle fibre”. Four decades later he fell ill with pleural mesothelioma and died in 2019 at the age of 61.

Financial aid for asbestos victims

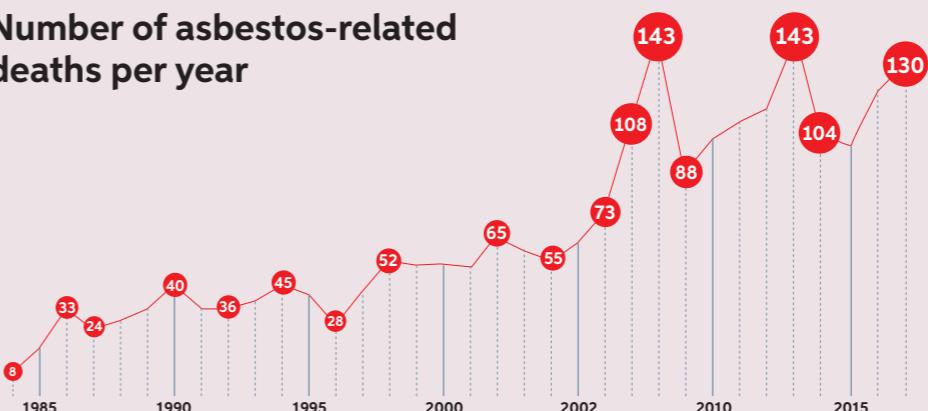
A compensation fund for asbestos victims (EFA) has been in place since July 2017. The fund is the result of a national agreement, which was brought about by the trade unions and which Unia played an active part in. Asbestos sufferers receive both financial and psychological support from the fund. Since the average remaining lifespan following a person's diagnosis with mesothelioma is only around one year, the recipients of the support are generally the surviving dependents of the asbestos sufferer. The problem is that the financing of the fund has only been secured for its first few years. Many companies are proving reluctant to pay money into the compensation fund and not all of the sectors that have promised generous payments into the foundation have lived up to their promises. This will not happen without political pressure. The sectors that make up the

majority of the fund include the Swiss Federal Railways and the insurance companies.

Full investigation required

Asbestos remains present in many buildings and vehicles – and, even years later, handling asbestos remains highly dangerous if the proper protection is not used. Unia is therefore demanding a much stricter approach to renovations and building modifications and wants the authorities to make it mandatory to investigate for the presence of asbestos. Work that releases a lot of fibres should only be allowed to be carried out by specialist companies. The Swiss Federal Railways (SBB) workshops in Bellinzona recently hit the headlines as the result of building work it was carrying out. Some employees who may have come into contact with asbestos were invited by SUVA (the Swiss national accident insurance fund) to undergo CT scans, while others were not. This created a great deal of uncertainty, prompting the Unia and SEV trade unions, the staff committee of the railway workshops and the “Giù le mani – Down hands” association to demand maximum transparency. The result was an information evening attended by around 80 people and a hotline set up by the Swiss Federal Railways (SBB) and SUVA, which those affected and their families could contact with any questions. ■

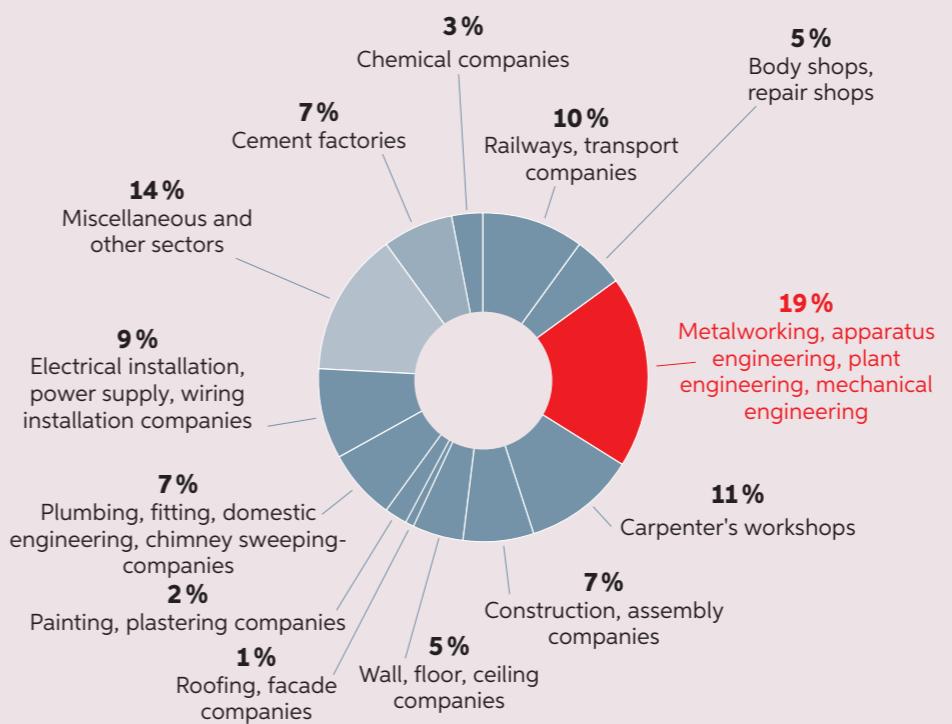
Number of asbestos-related deaths per year



Despite the ban on asbestos, the hazardous substance is still present in countless buildings. Even today, around 100 people die each year from the consequences of asbestos.

Source: Suva

19 percent of all asbestos-related deaths come from the metalworking and mechanical engineering industries



Source: EFA foundation

What is asbestos and what are its effects?

Asbestos refers to a group of mineral fibres that are found in specific rock formations. Due to its high level of heat resistance, excellent electrical and thermal insulation properties and high flexibility, asbestos was used in many areas of industry and engineering (e.g. insulation, floor coverings, window putty or as asbestos cement). Asbestos becomes dangerous when it is inhaled. Even low concentrations of asbestos dust in the air can result in illnesses affecting the lungs and lung tissues. Asbestos fibres have a crystalline structure and demonstrate a tendency to split lengthways into increasingly thin fibres. These fibres are almost impossible for the human body to break down or expel. As they remain in the lung tissues for many years, they can cause illnesses such as amianthosis, lung cancer or pleural mesothelioma. With all asbestos-related illnesses, it takes a very long period of time until the illness manifests itself. Generally, the latency period is 15 to 45 years.



Unia demands:

- A worldwide ban on asbestos
- Prevention: Property developers and employers must be obliged to investigate for the presence of asbestos.
- The compensation fund must be further publicized. Also, the business sector must be obliged to pay into the fund.
- Fair distribution of premium burden among industrial sectors.
- Overall prevention and monitoring of occupational cancers.

Abstimmen nicht vergessen!



Die Kündigungsinitiative stellt den Lohnschutz und die Rechte aller Arbeitnehmenden in der Schweiz in Frage. Wir sagen Nein, um gute Jobs und Löhne zu verteidigen!

Der heisse Draht

Kontakte zu Unia-Industrie-Sekretariaten
in der Deutschschweiz.

Unia Region
Aargau-Nordwestschweiz
Rebgasse 1
4005 Basel
Tel. 0848 11 33 44
lucien.robischon@unia.ch

**Unia Region Biel-
Seeland / Solothurn**
Murtenstrasse 33
Postfach 1280
2501 Biel
Tel. 032 329 33 33
jesus.fernandez@unia.ch

Unia Region Wallis
Furkastrasse 29
Postfach 697
3900 Brig
Tel. 027 948 12 80
german.eyer@unia.ch

**Unia Region Bern /
Oberaargau-Emmental**
Monbijoustrasse 61
Postfach 3397
3001 Bern
Tel. 031 385 22 22
ivan.kolak@unia.ch

Unia Region Freiburg
Route des Arsenaux 15
Postfach
1701 Freiburg
Tel. 026 347 31 31
yvan.corminboeuf@unia.ch

Unia Region
Zentralschweiz
Oberdorfstrasse 2
8808 Pfäffikon
Tel. 0848 651 651
alex.granato@unia.ch

Unia Region
Berner Oberland
Aarestrasse 40
Postfach 214
3602 Thun
Tel. 033 225 30 20

Unia Region
Ostschweiz-Graubünden
Lämmlisbrunnenstrasse 41
Postfach 647
9004 St. Gallen
Tel. 0848 750 751
lukas.auer@unia.ch

Unia Region
Zürich-Schaffhausen
Pfarrweg 1
8200 Schaffhausen
Tel. 0848 11 33 22
florian.keller@unia.ch